

Er scheint 6 mal wöchentlich mit den illustrierten Beilagen „Die Welt“ und „Für unsere Frauen“, sowie den Zeitungen „Unterhaltung und Wissen“, „Kirche und Welt“, „Die Welt der Frau“, „Wöchentliche Beilage“, „Allerwöchentliche Beilage“, „Bismarck-Jubiläum“, „Monatlicher Gesamtbericht“...
Hauptverleger: Dr. G. Ledebur, Dresden.

Abgabeort: Die Zeitungs-Vertriebsstellen 20 J., Postamt...
Abgabeort: Die Zeitungs-Vertriebsstellen 20 J., Postamt...
Abgabeort: Die Zeitungs-Vertriebsstellen 20 J., Postamt...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: Dr. G. Ledebur, Dresden, K. A. 1.
Hauptverleger: Dr. G. Ledebur, Dresden, K. A. 1.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Altstadt 1, Poststraße 17, Fernruf 20711
und 21013.

Herrenstoffe / **Tuchhaus** / **Börschel** / **Damentuche**
 Kostümstoffe / Mantelstoffe / Sportstoffe / Herren- und Damenstoffe
 Begr. 1888 Dresden-A., Scheffelstr. 11/13 Fernsprecher 13725
 Futterstoffe / Manchester / Briefe / Billard-, Pull- und Uniformtuche

Ja oder nein

Das Reichsschulgesetz ist die große Aufgabe dieses Winters, an der sich die Geister scheiden. Hier geht es um die Weltanschauung, hier geht es um die Gestaltung der Zukunft. Da gibt es kein bequemeres Befestigen, jeder ist gezwungen, entschieden „Ja“ oder „Nein“ zu sagen. — Man kann sich nicht darüber beklagen, daß es in den letzten Monaten an solchen entschiedenen Äußerungen gefehlt hätte. Freunde und Gegner des Schulgesetzes sind heute schon deutlich geschieden. Zum letzten Kampfe, der beim Zusammentritt des Reichstages am 17. Oktober beginnt, ist alles bereit.

Die Front der Gegner des Reichsschulgesetzes bietet ein anmutiges Bild, dessen Reize man in Dresden auf der großen Rundgebung des Lehrervereins am Freitag dieser Woche bewundern konnte. Da stehen in vorderster Linie die Kämpfer für die religionslose Schule, Sozialisten und Kommunisten. Schon sie sind unter sich über die Art, wie ihr Schulideal verwirklicht werden könnte, nicht einig. Daneben findet man die Freunde der Gemeinschaftsschule. Sie sind sich erst recht nicht klar darüber, wie sie die Arbeit an der Schule gestalten wollen und was das Ziel sein soll. Die einen wollen der Gemeinschaftsschule christlichen Charakter geben, die anderen die Religion in der Schule nur dulden, die Dritten schwärmen von einer „weltlichen Gemeinschaftsschule“. — Gemeinsam ist allen diesen Gruppen nur eins: die Ablehnung der Bekenntnisschule. Nur das „Nein“ verbindet sie, das sie gegenüber dem Reichsgesetzentwurf sprechen. Ihre Leistung ist rein negativ. Sollte es ihnen gelingen, im Reichstag eine Mehrheit zu erlangen, dann wäre diese Mehrheit nach einer etwaigen Ablehnung des vorliegenden Entwurfes nicht imstande, sich über eine andere Lösung der Schulfrage zu einigen.

Gerade wenn man diese bunte Schar der Gegner betrachtet, erkennt man, daß die durch den Entwurf getroffene grundsätzliche Regelung die einzig mögliche ist. Der Entwurf löst den in Deutschland bereits bestehenden Schularten — Bekenntnisschule, Gemeinschaftsschule und weltliche Schule — volle Entfaltungsmöglichkeit. Angesichts der weltanschaulichen Zersplitterung in Deutschland ist keine andere Lösung der Schulfrage möglich als die nach dem Grundgesetz der Gewissensfreiheit.

„Alles Negative ist unfruchtbar“ sagt Goethe. Wer fruchtbare Arbeit für die deutsche Schule leisten will, muß positiv einen Weg und ein Ziel aufzeigen können. Der Entwurf der Regierungsparteien enthält solch ein starkes positives Bekenntnis: den Willen, der konfessionellen Schule in Deutschland volles Recht zu verschaffen. Dieses Eintreten der Regierungsparteien für die Bekenntnisschule schließt die Anerkennung ein, daß die Religion eine aufbauende Kraft von höchstem Werte für den Staat ist. Nicht nur für den Staat, sondern für unsere gesamte Kultur. Die Anhänger des Reichsschulgesetzes bejahen die Bedeutung der Religion für die Erziehung des Menschengeschlechtes, die Gegner des Gesetzes verneinen diese Bedeutung. Hier ist der Punkt, an dem sich grundsätzlich die Wege scheiden.

Freilich ist es nicht so, daß Anhänger und Gegner sich ausnahmslos von solchen grundsätzlichen Erwägungen leiten lassen. Da sind sicher manche unter den Befürwortern des Gesetzes, die sich wenig um Kulturpolitik scheren, die nur aus Parteidisziplin oder aus taktischer Berechnung den Entwurf unterstützen. Andererseits stehen im gegnerischen Lager gewiß eine große Reihe überzeugter Christen, von Menschen, die aus staatspolitischen Erwägungen, aus ehrlischer Sorge um die Entwicklung des Geisteslebens oder aus Unklarheit in den religiösen Grund-

Heute:
 Die Welt (illustrierte Wochenbeilage)
 Die deutschen Sender (Funkbeilage)
 Unterhaltung und Wissen
 Turnen, Sport und Spiel
 Kirche und Welt
 Filmrundschau

Der deutsche Städtetag

Reden des Reichskanzlers und Reichsfinanzministers — Die Wünsche der Städte

Magdeburg, 23. September

Zur Tagung des deutschen Städtetages ist eine überaus große Zahl — etwa 1400 — führender Männer der deutschen Kommunalverwaltungen hier eingetroffen. Die Stadt hat reichen Plagenschmuck angelegt. Zahlreich sind die Regierungen der Einladung gefolgt. An der Spitze der Vertreter der Reichsregierung ist Reichskanzler Dr. Marx erschienen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Die preussische Regierung hat zu ihrer Vertretung den Minister des Innern Grzesinski und den Wohlfahrtsminister Hierstler entsandt. Unter den Teilnehmern an der Tagung befinden sich außer dem Reichstagspräsidenten Löss auch die ehemaligen Minister Hamm und Jaros, ferner Dr. Luther und Scheidemann. Eingeleitet wurde die Tagung gestern abend durch eine Hofvorstellung von „Hoffmans Erzählungen“ im Stadttheater. Heute vormittag begannen die Sitzungen der einzelnen Fraktionen. An diese schloß sich um 11 1/2 Uhr die Hauptversammlung in der Stadthalle an.

Die Hauptversammlung wurde durch eine Ansprache des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Wach eröffnet. Der Redner betonte, daß die Hauptversammlung in einem bedeutungsvollen Augenblick zusammengetreten sei, da gerade in letzter Zeit von Reichs- und Länderregierungen Maßnahmen ergriffen worden seien, die einen Angriff auf die Selbstverwaltung der Gemeinden darstellten. Er schloß mit dem Wunsche, daß die Tagung in Einheitlichkeit und Sachlichkeit, von einem starken Willen für das deutsche Volk, das deutsche Reich und die deutsche Republik geführt werde.

Auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages nahm nach Oberbürgermeister Wach, von lebhaftem Beifall begrüßt, Reichskanzler Dr. Marx das Wort zu einer Ansprache. Es besteht das große Problem eines gerechten Lastenausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Vor uns steht vor allem das schwierige Problem der Abgrenzung des Eigenlebens der Städte neben den Ländern und dem Reich. Niemand, der die starke Vermengung unseres reichen Kulturlebens in dem Leben der Städte kennt, möchte hier eine Beschränkung eintreten lassen, die nicht von höheren überaus zwingenden Staatsnotwendigkeiten diktiert ist. Es muß vor allem die Aufgabe klarer Politik sein, hier einen Ausgleich zu finden zwischen dem Wünschenwerten, und auf der anderen Seite die Grenze innezuhalten des tatsächlichen Möglichen, um innerhalb dieser Grenze das Höchstmögliche von Kraftentwicklung zu erreichen. Das ist höchste Staatszielsetzung: Trotz des Einspruchs, den billigen Ausgleich zu finden zwischen dem tatsächlichen Staatsnotwendigen und dem Wünschenwerten. Alles andere sind Phantasomagorien. Der Weg ruhiger Entwicklung, der allein zum Ziele führen kann, ist der Weg, den die großen Städte bis jetzt gegangen sind, und davon werden sie sich, so Gott es will, nicht abbringen lassen. (Zuruf.) Ich werde mit großer Aufmerksamkeit ihren Darlegungen folgen und dem Reichskabinett Bericht erlassen.

Hierauf hielt der Präsident des Städtetages Dr. Kulew ein umfassendes Referat über die schwebenden kommunalpolitischen Probleme. Er wandte sich zunächst gegen die Beschränkung der Gemeinden in der Aufnahme von Auslandsanleihen. Die Gemeinden wünschten nichts schmerzlicher als auf dem Gebiete der Realsteuer die Wirtschaft pfleglicher behandeln zu können. Dazu bedürfe aber ein besserer

Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Dr. Kulew polemisierte dann gegen die Auffassungen des Reparationsagenten, um weiter eingehend nachzuweisen, daß der größere Teil der Gemeindeausgaben zwangsläufig sei. Allein die Fürsorgekosten machten heute das Fünftel bis Sechstel gegenüber dem Frieden aus. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Präsidenten über den Charakter der Realsteuer. Diese liegen sich nur im Rahmen eines neuen Finanzausgleiches senken, um so mehr, als durch die Belastungsreform die Gemeinden vor neuen großen Mehrausgaben ständen. Schließlich wandte sich Dr. Kulew gegen das Nebeneinanderarbeiten der verschiedenen Ministerien in Kommunalfragen und forderte die Schaffung einer zentralen Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern.

In der Debatte wandte sich der Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Ausführungen des Präsidenten Dr. Kulew zu. Er betonte, daß Selbstverwaltung und Selbstverantwortung nicht Selbstzweck seien. Das große Problem Unitarismus oder Föderalismus gehe nicht nur um Wirtschaftsgrenzen und Befähigungskompetenzen. Es gehe vielmehr um die Seelen vieler Millionen deutscher Volksgenossen, besonders auch der Süddeutschen. Es gehe um die Einheit des deutschen Volkes, weshalb man auf diesem Gebiete besondere Vorsicht walten lassen müsse. Wenn sich die Gegensätze zwischen den Ländern und den Gemeinden verhärtet haben, so liege das an der Verteilung der allgemeinen Geldbede. In eingehenden Darlegungen wandte sich der Minister dann gegen die verschiedenen Vorwürfe, die sowohl aus der Reihe des Präsidenten herausgehoben hätten wie auch in der Öffentlichkeit gegen den Entwurf des Steuervereinkheitlichungsgesetzes ausgesprochen worden seien. Finanzminister Dr. Köhler schloß mit dem Wunsche, daß die großen Selbstverwaltungskörper ihm die Hand reichen und dafür sorgen möchten, daß auch auf den besprochenen Gebieten ein wirklicher Fortschritt erreicht werde.

Nach Finanzminister Dr. Köhler ergriff der preussische Innenminister Grzesinski das Wort. Er hatte zum Gegenstand seiner Ausführungen besonders die Stellung der Selbstverwaltungen gewählt, für die er als Kommunalminister ein warmes Herz habe. Die kommunale Selbstverwaltung, sagte er, muß gleichberechtigt neben Reich und Land stehen. Auf dem Gebiete der Finanzierung ist die Elastizität der Verwaltung am wichtigsten, aber Selbstbestimmung ist nur dann vertretbar, wenn sich die Selbstverwaltung auch auf die Finanzseite erstreckt. Soll die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung durch selbständige Deckung der Ausgaben ermöglicht und gerechtfertigt werden, so muß die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung auch auf der Ausgabenseite wiederhergestellt werden. Jede Kontingenzierung ist hier nicht nur vom Uebel, sondern mit Begriff und Voraussetzung der Selbstverwaltung schlechthin unvereinbar. Auf der örtlichen Individualität beruht die örtliche Selbstverwaltung sowohl auf der Ausgabenseite wie auf der Ausgabenseite. Selbstbestimmung schließt auch Selbstverantwortung in sich.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln, der Präsident des Preussischen Staatsrates, schloß sich den Ausführungen Dr. Kulews an. Adenauer sprach dabei für die Zentrumsgruppe. Gerade bei der Aktualität der Frage des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden dürfe die Lösung der Frage nicht hinausgeschoben werden. Die Debatte wurde durch die Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Blücher, Dresden, fortgesetzt. Er wandte sich besonders der Wirtschaft zu, die zu einem ganz anderen Verhältnis gegenüber den Gemeinden kommen müsse als bisher, denn die gemeinsamen Interessen seien größer als die Gegensätze. Oberbürgermeister Luppe-Kürnberg begründete darauf eine demokratische Resolution.

(Fortsetzung auf Seite 2)

begriffen für die Gemeinschaftsschule oder für die weltliche Schule eintreten. Wir beobachten die merkwürdige Meinung, Gemeinschaft — religiöse Gemeinschaft oder eine gemeinsamer staatslicher und künstlerischer Ergebnisse fähige Volksgemeinschaft könne sich nur bilden durch möglichst weitgehende Auflösung aller inneren Bindungen. Diese mißverstandene „Freiheit“ ist aber das Urelement der kulturellen Zerkleinerung, die wir heute um uns sehen. Nicht Zuchtlosigkeit schafft eine zum Aufbau kräftige Gemeinschaft, sondern innere Bindung, also — denn dies ist der Sinn des lateinischen Wortes — Religion.

Der Kampf um das Schulgesetz ist ein Teil des großen Ringens um das Recht, das die Religion künftig in unserer Kultur haben soll. Es ist eine Auseinandersetzung, die über alle Fragen politischer Taktik hinauswächst. Der Katholikentag in Dortmund hat in überwältigender Weise gezeigt, wie

ernst es dem katholischen Deutschland mit dieser Aufgabe ist. Die Katholiken Deutschlands werden alles dafür tun, daß die Schicksalsfrage, die in dieser Stunde kulturpolitischer Arbeit an das deutsche Volk gerichtet ist, nicht mit „Nein“ beantwortet wird, sondern mit „Ja“.

Wie stehen aber nun die Dinge im Reichstag? Werden dort die Ja- oder Nein-Sager in der Mehrheit sein? Zunächst sei festgestellt, daß nur eine einfache Mehrheit notwendig ist, da das Gesetz im Gegensatz zu den Behauptungen der Linken nicht als verfassungsändernd betrachtet werden kann. Ob diese einfache Mehrheit zustande kommt, liegt in erster Linie an der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. In weiten Kreisen der Deutschen Volkspartei beginnt man jetzt wieder, sich auf die nationalliberale Tradition zu beziehen. Andererseits ist man sich freilich bewußt, daß die Be-